

Haushalt 2024 – Timo Merten

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,

sehr geehrter Herr Bürgermeister,

liebe Kolleg*innen,

liebe Zuhörer*innen,

es ist ein Haushalt der Superlative, um mich mal der Worte von Wilhelm Janßen zu bedienen – das stimmt, allerdings nicht nur bei den Ausgaben, sondern auch bei den Einnahmen: auf 19 Millionen Euro steigen die Gewerbesteuereinnahmen aus dem vergangenen Jahr an, ein neuer Rekord. Die Arbeitnehmer*innen in den Rasteder Betrieben scheinen also sehr gute Arbeit zu leisten, dafür im Namen aller, die davon profitieren, herzlichen Dank. Ein ebenso herzlicher Dank an dieser Stelle auch die Kolleg*innen in der Verwaltung – es war ein Jahr voller Unsicherheiten, mit einer starken Inflation, die sich auch in unserem Haushalt bemerkbar macht. Wieder einmal wird deutlich, und das sage ich jedes Jahr, wie dringend notwendig eine bessere finanzielle Unterstützung der Kommunen durch Bund und Länder ist.

Unser Haushalt sieht für die kommende Jahre massive Investitionen vor: das Rathaus, die Kindergärten, der MuKuBi-Trakt der KGS. Diese Investitionen kommen nicht überraschend. Das Rathaus ist schon seit über zehn Jahren für die Verwaltungsaufgaben zu klein und erfüllt Arbeitsstandards nicht mehr wirklich ausreichend, der MuKuBi-Trakt war schon sanierungsbedürftig, als ich dort noch zur Schule gegangen bin. Ich bin nun noch nicht so lange in der Rasteder Politik dabei und habe keine Antwort auf diese Frage, aber irgendwas muss doch in den vergangenen 15

Jahren falsch gelaufen sein? Warum stehen wir vor einer in Teilen kaputtgesparten Infrastruktur? Weil es früher immer eine schwarze Null im Haushalt, Schuldenabbau und keine Neuverschuldung geben musste?

Was passiert, wenn eine Politik sich dafür entscheidet, öffentliche Investitionen zugunsten einer Vermeidung von Schulden für kommende Generationen zurückzufahren? Sie hinterlässt dieser Generation scheinbar massiven Investitionsbedarf. Und deswegen ist es richtig, eigentlich eher notwendig, dass wir in den kommenden Jahren Geld in die Hand nehmen und es sinnvoll anlegen: in Bildung, in Erziehung, in die Gemeinde als hoffentlich bald attraktiven Arbeitsort. Nur so vermeiden wir Schulden, mit der sich die nächste Generation an Christdemokrat*innen und Sozialdemokrat*innen herumschlagen müssen.

Viele wichtige Maßnahmen sind in den vergangenen Wochen auf den Weg gebracht worden und auch teilweise Teil dieses Haushalts. Dazu gehört etwa die Stelle für eine IT-Administrator*in für die Rasteder Schulen, oder die soziale Staffelung der Kita-Gebühren, die sie als Mehrheitsgruppe jetzt beantragen möchten. Ebenso gehört dazu auch die Unterbringung von Geflüchteten. Etwas verwundert hat mich die Aussage von Herrn von Essen im Finanzausschuss, dass diese Maßnahme politisch gar nicht beraten wurde, dabei geht sie doch auf einen Antrag der CDU-Fraktion zurück.

Migration und Flucht sind nicht nur in Rastede ein wichtiges Thema, besonders der öffentliche Diskurs in Deutschland hat in den vergangenen Wochen und Monaten besorgniserregende Formen angenommen. Damit meine ich nicht etwa nur das Treffen von Mitgliedern der AfD, Identitärer Bewegungen und Werte Union zu einer massenhaften Deportation von Personen mit Migrationsgeschichte, sondern auch die schleichende Übernahme von rechten Positionen von anderen Parteien.

Innenministerin Nancy Faeser sagte letzts, sie gucke mit Interesse nach Italien, das von einer neofaschistischen, weit rechts stehenden Partei regiert wird und die grade Abschiebegefängnisse in Albanien aufbauen, Friedrich Merz sprach davon, man bekomme keinen Zahnarzttermin mehr, weil Asylsuchende sich dort die Zähne neu machen würden. Wer rechte Forderungen übernimmt, wer rechte Sprache übernimmt, stärkt damit nur die Rechten, stärkt damit die AfD. Es wäre Zeit für ein bisschen mehr Menschlichkeit, ein bisschen mehr christliche Nächstenliebe und ein Verständnis dafür, dass Fluchtbewegungen aus dem Nahen Osten oder aus Afrika in letzter Konsequenz auf europäische Kolonialgeschichte und einer Politik der Unterdrückung und Verarmung dieser Länder zurückgehen. Kein Mensch flieht, damit er in Deutschland mit Bezahlkarte einkaufen muss und in Turnhallen oder provisorischen Unterkünften untergebracht ist – sie fliehen vor Krieg, vor Hunger oder Verfolgung.

Mein Dank geht an dieser Stelle an die Mitarbeiter*innen der Verwaltung, die sich mit diesen Themen beschäftigen und die dringend finanziell und personell besser ausgestattet werden müssten, und an die vielen Ehrenamtlichen, die sich tagtäglich in diesem Bereich engagieren und dass tun, was die große Politik versäumt: dass sich alle Menschen, ganz gleich ihrer Herkunft, hier wohl fühlen können und willkommen sind.

Ein weiteres großes Thema ist der Klimaschutz. Etwas überrascht waren viele Ehrenamtliche, Bürger*innen und auch ich von der Nachricht, dass die Stelle der Klimaschutzmanagerin in der Gemeinde zu Ende Januar ausgelaufen war und aufgrund mangelnder Fördergelder nicht verlängert werden konnte. Noch im vergangenen Herbst haben wir die Einstellung einer Fachkraft für die „bauplanungsrechtliche und energiefachliche Umsetzung des Integrativen Klimaschutzkonzepts“ beschlossen, sie steht auch so in unserem Haushalt. Ganz klar wurde aber damals auch in der Begründung zum Antrag geschrieben, dass diese Stelle in Ergänzung zu der Stelle von Evelyn Brudler geschaffen wird. Etwas überrascht bin ich zudem auch vom Vorgehen der Verwaltung in dieser Frage. Aus der Presse habe ich erfahren, dass man bereits seit Juli 2023 auf einen Förderbescheid wartet. Warum wird diese Tatsache nicht frühzeitig in die politischen Gremien getragen, damit sich damit im Rahmen der Haushaltsberatungen auseinandergesetzt werden kann? Evelyn Brudler hat die Auseinandersetzung mit dem Klimaschutzkonzept in enger Zusammenarbeit mit den Bürger*innen geführt, warum wird also nicht auch frühzeitig über die Fortführung dieser Aufgaben gesprochen? Das kann ich nicht verstehen, wo doch der Bürgermeister im Pressegespräch, wie ich gelesen habe, deutlich machte, dass man sie gerne weiter beschäftigt hätte.

Es bleibt nun auch die Frage, wer eigentlich das Klimaschutzkonzept umsetzt? Da denke ich zum Beispiel an den Arbeitskreis Mobilität und Verkehr, von dem ich seit der entsprechenden Beratung in der Lenkungsgruppe zum Klimaschutzkonzept nie wieder etwas gehört habe. Oder die Maßnahme „Klimaschutz im Gespräch“, bei der Bürger*innen, Vereine und Initiativen zum kommunalen Klimaschutz miteinander in

einen Austausch kommen sollen? Oder verschiedene Maßnahmen, die sich mit der Klimaanpassung auseinandersetzen. Dafür sehe ich die ausreichende Kapazitäten in der Verwaltung nicht. Wir alle, liebe Kolleg*innen, haben uns auch mit dem einstimmigen Beschluss zum Klimaschutzkonzept im letzten Sommer zu den dort genannten Maßnahmen verpflichtet und das Ziel der Rasteder Klimaneutralität bis spätestens 2040 bekräftigt.

Ich habe das Konzept nochmal hervorgekramt, es gerät ja leicht in Vergessenheit. Auf Seite 212 wird die Maßnahmen KNV-3 beschrieben, sie trägt den Titel „Verstetigung des Klimaschutzmanagements“. Dort steht: „Ziel der Maßnahme ist die strategische Weiterführung der Klimaschutzarbeit in der Gemeinde Rastede als Gesamtaufgabe der Verwaltung. Das Klimaschutzmanagement setzt die Maßnahmen des integrierten Klimaschutzkonzepts um und führt einen Controlling-Prozess durch.“

Bis heute Mittag stand an dieser Stelle in meiner Rede noch eines meiner Lieblingswörter – „Änderungsantrag“, bis ich dann vom hier bereits vielfach erwähnten Antrag der Mehrheitsgruppe erfahren habe, der, auch das wurde schon vielfach erwähnt, genau die Einrichtung einer solchen Stelle, auch unabhängig von Fördergeldern, fordert. Ihnen bleibt ein potenzieller Änderungsantrag also nun erspart, aber ganz wichtig ist mir, dass der Antrag der Mehrheitsgruppe zur Einrichtung der Stelle im Klimaschutzmanagement zügig behandelt wird und dass die Stelle auch ohne die Zusage von Fördermitteln besetzt werden kann. Klimaschutz kostet Geld, Klimaschutz braucht Personal und vor allen Dingen Personal, das die Bürger*innen mitnehmen kann.

Liebe Kolleg*innen, dieser Haushalt macht viele richtige Punkte. Investitionen können nicht weiter vor sich hin geschoben werden, der Klimaschutz muss auch personell Priorität haben. Und, liebe Kolleg*innen, vielleicht denken wir alle in zukünftigen Beratungen zum Haushalt auch nochmal über unsere Steuersätze nach. Die sind nämlich nicht in Stein gemeißelt, wurden nicht, wie die 10 Gebote von Moses auf dem Berg Sinai empfangen, sondern sind ganz wunderbar flexibel und einfach zu ändern. Herzlichen Dank für ihre Aufmerksamkeit, auch ich werde dem Haushalt zustimmen.